

Ökologische Gerechtigkeit

Strategische Allianzen zwischen
Umweltschutz und Sozialpolitik



Inhaltsverzeichnis

Beweisaufnahme

Einstiege 12

Prozessauftakt

Ohne Umweltschutz keine soziale Gerechtigkeit 18
Nachhaltige Transformation
Von Theresa Klostermeyer und Helga Inden-Heinrich

Neue Perspektiven auf Umwelt und Gesellschaft 25
Ökologische Gerechtigkeit
Von Michael Wehrspau und Korinna Schack

Eine Gefahr für die Freiheit 31
Umweltzerstörung und Menschenrechte
Von Felix Ekardt

Zurück zu ihren sozialen Wurzeln 37
Ökologische Chancengleichheit als Aufgabe für die Umweltbewegung
Von Elke Jumpertz

Nur die Einladung reicht nicht 43
Teilhabe als Schlüssel umweltbezogener Gerechtigkeit
Von Heike Köckler

Zeugen der Anklage

Die große Wette auf die Selbstzerstörung 50
Klimapolitik und fossile Industrien
Von Jörg Haas

- 58 Starke Allianzen für Armut und Hunger?**
Industrialisierung der Landwirtschaft
Von Marita Wiggerthale
- 65 Es bleibe Licht!**
Energiearmut in Europa
Von Michael Kopatz
- 71 Von gleichen Verhältnissen noch weit entfernt**
Verkehr und Umweltgerechtigkeit
Von Michael Jäcker-Cüppers
- 78 „Es ist wichtig, zu vermitteln, dass es Werte gibt,
die über den Kulturen stehen“**
Umweltprojekte für Türkischstämmige
Ein Interview mit Handan Anapa

Plädoyers

- 84 Schwere Umweltzerstörungen nach Den Haag!**
Ökozid als Völkerrechtsverbrechen
Von Julika Dittrich
- 91 Eine Stimme für die Nachkommen**
Ombudspersonen für die Rechte
zukünftiger Generationen
Von Maja Göpel
- 96 Wer verschmutzt, zahlt!**
Ökologische Steuerreform
Von Damian Ludewig
- 103 Die Kultur der Kooperation**
Gerechtigkeit und Suffizienz
Von Valentin Zahrnt
- 109 No Future war gestern**
Sozial-ökologische Generationengerechtigkeit
Von Lisi Maier

Impulse

Projekte und Konzepte 115

Medien 123

Spektrum Nachhaltigkeit

Teil 2
zum
Transatlantischen
Freihandels-
abkommen
(TTIP)

Chlorhühnchen und die Demokratie 128
Transatlantisches Freihandelsabkommen
Von Martin Häusling

Große Ambition? Gestrichen 132
Die Umwelt- und Naturschutzpolitik der neuen Bundesregierung
Von Olaf Bandt

Frischzellenkur für den Blauen Engel 136
Neue Kommunikationspfade im Labeldschunzel
*Von Maike Gossen, Julia Hameister, Susanne Heutling,
Paul-Werner Hildebrand und Gerd Scholl*

Eine Erfolgsgeschichte 140
40 Jahre nicht staatlicher Umweltschutz in Deutschland
Von Patrick Masius und Shogik Nickel

Rubriken

Editorial 7

Impressum 144

Vorschau 145

Für sein inhaltliches und
finanzielles Engagement
sowie die gute Zusammen-
arbeit danken wir dem:



Industrialisierung der Landwirtschaft

Starke Allianzen für Armut und Hunger?

Von Marita Wiggerthale

Die Zahl der Hungernden zu reduzieren, ist ein wichtiges und gebotenes Ansinnen. Multinationale Konzerne haben ihre Glaubwürdigkeit bei diesem Thema verspielt. Schließlich sorgt es kaum für mehr Nahrungsmittelgerechtigkeit, Kleinbauern abhängig von teurem Dünger zu machen oder sie durch Landgrabbing zu vertreiben.

— Kennen Sie Norman Borlaug? Er gilt als Vater der „Grünen Revolution“, sprich des massiven Einsatzes von Düngemitteln, Pestiziden und Industriesaatgut, sowie als Verfechter der Gentechnik. Der US-amerikanische Wissenschaftler war zeit seines Lebens nicht gut auf einige Umweltlobbyist(inn)en in Washington und Brüssel zu sprechen, die seiner Meinung nach nicht wüssten, was hungern heiße. Wer die Not in Entwicklungsländern erlebt habe, wäre empört darüber, Menschen in diesen Ländern Düngemittel, Pestizide, Bewässerungskanäle und Traktoren zu verweigern. Borlaug ist 2009 gestorben, seine Ansichten werden weiterhin vertreten, seine Taten gerühmt. Menschen wie Borlaug sind überzeugt, dass „neue“ Technologien die Armuts- und Hungerprobleme lösen können. Die fortschreitende Bodendegradation, die zunehmende Wasserknappheit, der Verlust der biologischen Vielfalt und die negativen Umweltfolgen des Einsatzes von Düngemitteln, Pestiziden und Gentesch-

nik sehen sie – wenn überhaupt – als nachrangig an. Doch so explizit sagt das natürlich niemand. Um sich ein grünes Deckmäntelchen zu geben, wird seit einigen Jahren gern das Konzept der „nachhaltigen Intensivierung“ propagiert, das keine Technologie ausschließt, auch nicht die Gentechnik.

Initiativen wie die „Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika“ (AGRA) und „Eine neue Vision für die Landwirtschaft“ des Weltwirtschaftsforums von 2011 setzen einseitig auf eine Steigerung der Produktion, um den Hunger von knapp einer Milliarde Menschen auf der Welt zu reduzieren. Neue Technologien und profitorientierte Lösungsmodelle von Konzernen stehen hierbei im Mittelpunkt. Dabei wird die Tatsache verkannt, dass die meisten Menschen heute deshalb hungern oder mangelernährt sind, weil sie zu arm sind, um sich ausreichend und ausgewogen ernähren zu können. Betroffen sind insbesondere Frauen (60 Prozent der Hungernden) und kleinbäuerliche Produzenten (50 Prozent der Hungernden). Was ihnen fehlt, ist der Zugang zu Land, zu Wasser, zu Beratungsdienstleistungen, zu günstigen Krediten und zu Märkten, die für sie funktionieren. Frauen sind hierbei besonders benachteiligt.

Ländliche Armut konzentriert sich dort, wo der Zugang zu Land und Wasser unsicher und der Zustand der Böden schlecht ist. 42 Prozent der Ärmsten und 32 Prozent der Armen leben in Gebieten mit schlechter Bodenqualität. Die Umweltdegradation ist daher eine wichtige Ursache von Armut und Hunger und die Überschreitung von Ökosystemgrenzen beispielsweise im Klimabereich trifft insbesondere Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in armen Ländern. Anstatt aber Entwicklungs- und Umweltpolitik enger zu verzahnen, setzen bilaterale und multilaterale Geldgeber strategisch auf die Kooperation mit Agrarkonzernen und fördern eine industrielle Landwirtschaft, die die Mehrheit kleinbäuerlicher Familien an den Rand drängt und der Umwelt schadet.

Industrielle Landwirtschaft auf dem Vormarsch

Afrika steht bei der Frage, welche Strategie die Ernährung am besten sichert, am Scheideweg. Multinationale Konzerne haben ein großes Interesse an der afrikanischen Landwirtschaft. Wenn wir der Weltbank glauben, dann kann Afrika den Sprung schaffen und seine Land- und Agrarwirtschaft transformieren. Der Markt könne von 313 Milliarden US-Dollar in 2010 auf eine Billion US-Dollar im Jahr 2030

in Subsahara-Afrika wachsen, als Voraussetzung dafür nennt die Weltbank jedoch, dass die Politik das Agrobusiness fördere.

Höchste Priorität haben aus Sicht der Weltbank vor allem ein höherer Einsatz von Inputs wie Düngemitteln und Industriesaatgut, neue Technologien, die Reform von Saatgut- und Düngemittelpolitiken, Bewässerung, sichere Landrechte für Investoren und der freie Handel auf regionaler Ebene. Wie bereits in Asien und Lateinamerika soll auch in Afrika einer industriellen Landwirtschaft der Weg bereitet werden. Dies geschieht bereits durch vielfältige strategische Partnerschaften mit Agrarkonzernen (Public-Private Partnerships, PPPs). Eine wirksame Reduzierung der Hungernden lässt sich damit nicht erreichen. Die „Allianz für Ernährungssouveränität in Afrika“, der Kleinbauernorganisationen wie La Via Campesina, ROPPA (Westafrika) und ESAFF (östliches und südliches Afrika) angehören, sagt explizit, um was es bei diesem PPPs vor allem geht: die Vereinnahmung der afrikanischen Landwirtschaft durch die multinationalen Konzerne.

Ein zentraler Akteur ist besagte AGRA, die von der Rockefeller-Stiftung und der Bill- und Melinda-Gates-Stiftung geförderte Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika. AGRA entwickelte das Konzept der Kornkammern („Breadbaskets“) und fördert ihre Umsetzung bisher in Ghana, Mali und Tansania. Die Kornkammerregionen zeichnen sich durch ein großes Potenzial für die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung aus. Zudem geht es AGRA darum, den Einsatz von Inputs wie Düngemitteln zu erhöhen. Insgesamt ist AGRA bisher in 16 afrikanischen Ländern aktiv, ihre Programme werden insbesondere von dem norwegischen Konzern Yara International, dem größten Düngemittelhersteller der Welt, unterstützt.

Wachstumskorridore sollen Investitionen anlocken

Yara hat sich ferner mit Nachdruck für die Entwicklung sogenannter Wachstumskorridore stark gemacht. Dieses Konzept wurde mit Unterstützung des Konzerns im Jahr 2008 in die UN-Vollversammlung eingebracht. Das Weltwirtschaftsforum (WEF), das PPPs propagiert, treibt sowohl die Wachstumskorridore als auch die Kornkammern über die Plattform „GROW Africa“ voran. Mittlerweile gibt es Wachstumskorridore in Tansania, Mosambik und Burkina Faso. Die Weltbank plant weitere Wachstumspole in Madagaskar, Kamerun, Gambia und Kongo.

Der tansanische Wachstumskorridor SAGCOT wurde als Partnerschaftsprojekt erstmals im Mai 2010 präsentiert. Er umfasst rund 350.000 Hektar und sieht über einen Zeitraum von 20 Jahren Investitionen in Höhe von 3,4 Milliarden US-Dollar vor. Partner sind unter anderem Monsanto, Syngenta, Unilever, DuPont, Yara, AGRA, die Welternährungsorganisation, das Weltwirtschaftsforum, USAID und die Weltbank. SAGCOT ist auch Teil der neu gegründeten Partnerschaft zwischen G8-Ländern, afrikanischen Regierungen und Konzernen wie Bayer und BASF der „Neuen Allianz für Ernährungssicherung“.

„ Die Umweltdegradation ist eine wichtige Ursache von Armut und Hunger; die Überschreitung von Ökosystemgrenzen trifft insbesondere die Kleinbauern armer Länder. “

Diese Allianz hat sich zum Ziel gesetzt, in den kommenden zehn Jahren das Wachstum in der Landwirtschaft zu fördern, um 50 Millionen Menschen in Afrika aus der Armut zu befreien. Flankiert wird die Förderung privater Investitionen in dieser Initiative durch gezielte politische Reformen in den Zielländern zugunsten internationaler Investoren. Die Eigentumsrechte von Investoren werden gestärkt, was wiederum den Zugang von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern zu Land, Saatgut und Wasser bedroht.

So ist im Rahmen der Neuen Allianz beispielsweise in Tansania eine Reform der Saatgutgesetzgebung vorangetrieben worden, die höhere Produktionskosten für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern mit sich bringt und sie in Abhängigkeit von Saatgutkonzernen wie Monsanto treibt. In Äthiopien und Tansania wollen die Regierungen Investoren den Zugang zu Land erleichtern und fördern so das stark kritisierte Landgrabbing. In Burkina Faso hat die Neue Allianz bewirkt, dass der erhöhte Einsatz von Düngemitteln als ein Indikator für Ernährungssicherheit gilt.

Wenn man die Länderschwerpunkte von AGRA, GROW Africa und der Neuen Allianz übereinanderlegt, dann sind Burkina Faso, Äthiopien, Ghana, Mosambik, Nigeria und Tansania diejenigen Länder, die am stärksten im Fokus dieser Industrialisierungswelle der Landwirtschaft stehen und dabei von vielen Geldgebern und Stiftungen unterstützt werden.

Ausgeblendete Gefahren: Landgrabbing und Umweltdegradation

Die negativen Folgen der PPPs, Umweltaspekte und die Verwirklichung von Menschenrechten spielen praktisch keine Rolle. Die Welternährungsorganisation führt zwar Marktungleichgewichte, Umweltdegradation, Landgrabbing und die Umsiedlung von Menschen als negative Folgen von PPPs an, propagiert sie aber gleichzeitig und macht bei ihnen mit.

Landgrabbing findet statt, wenn Investoren beim Kauf oder bei der Pacht von Land die Rechte und Bedürfnisse ländlicher Bevölkerungsgruppen ignorieren, die das Land bisher bearbeitet und von ihm gelebt haben. Immer mehr Menschen werden vertrieben, oft mit Gewalt, ohne vorherige Konsultation oder Entschädigung. Armut und Hunger sind die Folge. Nach Angaben der Land-Matrix-Datenbank, die weltweit Landakquisitionen mit mehr als 200 Hektar erfasst, befinden sich sieben der zehn am stärksten von großflächigen Landinvestitionen betroffenen Länder in Afrika. Gut die Hälfte der bekannt gewordenen Landgeschäfte findet in Afrika statt (14.469.880 Hektar, das entspricht etwa der Fläche Nepals). Und nur auf 14 Prozent der Fläche werden tatsächlich Nahrungsmittel produziert. Der Rest wird unter anderem für die Produktion von Energiepflanzen zur Herstellung von Agrosprit verwendet.

Die Förderung der industriellen Landwirtschaft geht mit einem höheren Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden einher. Die afrikanischen Staats- und Regierungschefs unterstützen die „Grüne Revolution“ in Afrika in der Abuja-Erklärung von 2006. Darin verpflichten sie sich, den Einsatz von Düngemitteln von acht Kilogramm pro Hektar auf 50 Kilogramm pro Hektar im Jahr 2015 zu erhöhen. Subventionsprogramme sollen es möglich machen. Allein im Jahr 2011 haben zehn Länder in Subsahara-Afrika zusammen eine Milliarde US-Dollar für Düngemittelsubventionen ausgegeben. Ein lohnendes Geschäft für Düngemittelhersteller wie Yara. Bisherige Analysen stellen jedoch die Sinnhaftigkeit dieser Subventionen infrage.

Die Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika hat zwischen 2007 und heute 17.000 sogenannte Agrodealer ausgebildet und aufgebaut, um das Angebot und die Anwendung von Inputs auszuweiten. Im gleichen Zeitraum haben Bäuerinnen und Bauern eine Million Tonnen Düngemittel von Agrodealern gekauft. Von einer ausgewogenen Strategie zur Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit kann dabei keine Rede sein. Im weltweiten Durchschnitt ist der Stickstoffanteil im Dünger mit 74 Prozent doppelt so hoch wie erforderlich. In Tansania beträgt er sogar 95 Prozent. Dies hat katastrophale Folgen für die Umwelt, die Bodenfruchtbarkeit und das Klima. Synthetische Stickstoffdünger beschleunigen die Bodenversauerung dramatisch. Das Leben von Mikroorganismen im Boden ist stark beeinträchtigt, die Bodenproduktivität nimmt insgesamt ab.

Erforderliche Wende in der globalen Agrar- und Ernährungspolitik

23 Prozent der afrikanischen Bevölkerung, also mehr als 200 Millionen Menschen, hungern. Seit 2007 steigt die Zahl der Hungernden in Subsahara-Afrika um jährlich zwei Prozent. Es darf bezweifelt werden, dass die input- und kapitalintensive Landwirtschaft, die multinationale Konzerne wie Yara, Bayer und BASF sowie AGRA, GROW Africa und die G8-Länder wie Deutschland fördern, einen Beitrag zur Hungerbekämpfung leistet. Ganz im Gegenteil!

Der wachsende Zugriff von Investoren auf ihr Land treibt Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Armut und Hunger. Düngemittel sind teuer und die Ertragseinnahmen sind relativ gering: Es rechnet sich für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern also häufig nicht. Statt ihr eigenes Saatgut zu lagern und weiterzuverwenden, sollen sie nun jedes Jahr lizenziertes Industriesaatgut von Konzernen neu kaufen. Die Gefahr ist groß, dass dies in einer hoffnungslosen Verschuldung endet. Die Konzerne hingegen profitieren gleich mehrfach: von wachsenden Umsätzen, Subventionen und der Entwicklungshilfe.

Wir brauchen eine Wende in der globalen Agrar- und Ernährungspolitik. Die Geldgeber müssen sich wieder stärker darauf konzentrieren, mithilfe von öffentlichen Geldern die kleinbäuerliche Landwirtschaft und ökologisch nachhaltige Anbauverfahren zu fördern und die richtigen Rahmenbedingungen für Kleinbauern und Kleinbäuerinnen zu schaffen. Dabei spielt die Verbesserung des Zugangs zu Land eine

zentrale Rolle. Eine riesige Chance liegt darin, das enorme Potenzial der kleinbäuerlichen Landwirtschaft zu erschließen und ihre Funktion als Rückgrat des Ernährungssystems zu stärken, um die Produktion von Nahrungsmitteln ökologisch nachhaltig zu steigern, die Ernährungssicherheit zu verbessern und die Anfälligkeit gegen Krisen zu reduzieren. Der Weltagrarbericht unterstreicht, dass die ärmeren und mittellosen kleinbäuerlichen Betriebe am meisten durch angepasste und umweltgerechte Anbaumethoden gewinnen. Eine umweltgerechte Landwirtschaft hilft so, Armut und Hunger im ländlichen Raum zu bekämpfen, und leistet damit einen Beitrag zur globalen Gerechtigkeit. —■



Welche ökologische Ungerechtigkeit bringt Sie auf die Palme?

Klimawandel, Bodendegradation und der Verlust biologischer Vielfalt durch die industrielle Landwirtschaft.

Zur Autorin

Marita Wiggerthale, geb. 1964, ist Referentin für Welternährungs- und globale Agrarfragen

bei Oxfam. Davor war sie als Generalsekretärin der Internationalen Katholischen Landjugendbewegung tätig und hat bei Germanwatch gearbeitet.

Kontakt

Oxfam Deutschland e.V.
Am Köllnischen Park 1
D-10179 Berlin
Fon ++49/(0)30/453 06 96 12
E-Mail mwiggerthale@oxfam.de